zur ZEIT Kommentar

Brief aus Berlin

VON THOMAS HÜTTNER

Bild: Verlag

Die Brandmauer ist ein merkwürdiges Bauwerk. Jahrelang wurde sie beschworen, verteidigt und mit moralischem Stacheldraht versehen. Und nun? Sie bröckelt. Mancherorts stürzt sie bereits ein – zumindest in den Umfragen.

2025 war für die AfD ein Jahr der Zugewinne. Bundesweit kletterten die Umfragewerte zeitweise bis auf 29 Prozent. Das wiederum lässt die selbsternannten Hüter der Demokratie nervös werden. Je näher die Wahlen rücken, desto lauter wird das Beschwören der Brandmauer – ein sicheres Zeichen dafür, dass sie nicht mehr ganz dicht ist.

Ein Blick auf die Prognosen der anstehenden Landtagswahlen verstärkt dieses Gefühl. In Baden-Württemberg liegt die CDU bei rund 30 Prozent, die AfD folgt mit etwa 20 Prozent. In Rheinland-Pfalz rangieren CDU, SPD und AfD dicht beieinander. In Sachsen-Anhalt führt die AfD mit rund 40 Prozent klar. Auch in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist sie längst kein Randphänomen mehr, sondern ein fester Machtfaktor. Besonders im Osten darf man sich bei den Blauen Hoffnung machen – sehr zum Unbehagen der politischen Konkurrenz. ◆

Bild: Matthias Süßen/Wikimedia Commons/CC BY-SA 4.0

„Brandmauer“: Einer Demokratie unwürdige Ausgrenzung Andersdenkender

Die Brandmauer steht vor dem Fall

Innen- und außenpolitisch sind die Weichen gestellt

VON BERND KALLINA

„Die Brandmauer bröckelt – gut so“, titelte die stets bestens informierte „Neue Zürcher Zeitung“ am 6. Dezember 2025 auf ihrer Titelseite bei einem kritischen Blick auf die innenpolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland. Zwar würden noch alle auf Linie gebracht, die die Abgrenzung gegenüber der AfD infrage stellen so wie unlängst der „Familienunternehmer“-Verband, der sich zumindest gesprächsbereit zur größten Oppositionspartei öffnen wollte. Doch der Widerstand dagegen wachse unaufhaltsam, sowohl innen- wie auch außenpolitisch.

Zum Innen-Aspekt: In einer repräsentativen Demokratie mit freien Wahlen, bei denen „Parteien an der Willensbildung mitwirken“, siehe Grundgesetz (Artikel 21, Absatz 1), können legale Parteien nicht vom normalen parlamentarischen Verfahren – bis hin zur Regierungsbeteiligung – ausgeschlossen werden, ohne massiv gegen die sonst so hochgehaltenen „demokratischen Werte“ zu verstoßen. Das etablierte BRD-Parteienkartell denkt und handelt jedoch anders, denn, geht es um die AfD, gelten plötzlich die Grundrechte nicht mehr oder sie werden massiv eingeschränkt.

Bert Brecht: Die Regierung soll das Volk auflösen und ein neues wählen.

Angesichts dieser Lage werden kritische Stimmen laut, die an den Umgang der „DDR“-Regierung mit ihrer Bevölkerung erinnern. Z. B. an die Einlassung von Bert Brecht, der sich nach der blutigen Niederschlagung des Arbeiteraufstands durch die SED mit

Hilfe sowjetischer Panzer vom 17. Juni 1953 mit dem Rat an die Regierung wandte, ob diese nicht einfach das Volk auflösen und ein neues wählen sollte. Die obsessive Ausgrenzung der AfD zeigt nämlich immer seltsamere Blüten ähnlicher Art.

So erklärt ein maßgebliches Sprachrohr der deutschen Linken, die „Süddeutsche Zeitung“, in konservativen Kreisen auch „Alpen-Prawda“ genannt, mit einer aus der Zeit gefallenen antifaschistischen AfD-Feindfixierung, das Motto „nie wieder“ zum Wesenskern der BRD. Andere Linke sehen inzwischen die Lage nüchterner.

Die Erfolgsschriftstellerin Juli Zeh, SPD-Mitglied, sieht die Brandmauer als gescheitert und sagt im „taz“-Interview: „Die Leute, die AfD wählen, wollen ja zum Teil mehr Demokratie. Die wollen mehr Plebiszite, mehr Einfluss des Volkes. Die sind der Meinung, dass ein großer Teil der Bevölkerung ihre Auffassung teilt, z. B. bei der Kritik an Zuwanderung, und dass die sogenannten Eliten in Wahrheit undemokratische Institutionen sind.“

Oder der Verleger und „Spiegel-Erbe“, Jacob Augstein, ebenfalls SPD-Mitglied, er sieht in einem Rundumschlag gegen links seine Partei „in den Trümmern ihrer Vergangenheit“. Sie sei „ein wandelnder Toter der Politik“ und macht u. a. die Identitätspolitik (z. B. Gendern) dafür verantwortlich. Und die Berichterstattung deutscher Leitmedien zur AfD hält er „für eine echte Vollkatastrophe.“

Solche Einsichten und entsprechende Konsequenzen findet man bei den Unionsparteien weniger. Da droht der NRW-Innenminister Herbert Reul – er bekämpft seit Jahren vorbildlich die Clan-Kriminalität – gleich theatralisch mit CDU-Austritt, sollte seine Partei mit der AfD kooperieren. Und die CDU-Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, Karin Prien, kündigte für den Fall einer AfD-Regierung ihre Auswanderung an.

Auffallend: Offenbar beobachten diese Unionsvertreter die veränderte internationale Lage nicht realitätsnah. Spätestens seit der Vorlage der neuen außenpolitischen US-Strategie der Trump-Administration sollten sie allerdings aufgewacht sein. Sie kämen dann auch zu ähnlichen Erkenntnissen wie eine gerade veröffentlichte wissenschaftliche Studie der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP). Deren Fazit: Während noch vielfach die Brandmauer als erfolgreiches Abwehrkonzept gegen die AfD gilt, kommt das Papier zu Ergebnissen, die überhaupt nicht ins Bild eines angeblich neuen „Nationalsozialismus“ passen. Der Aufstieg der AfD sei mitnichten eine deutsche Eigenheit, sondern Teil eines globalen Phänomens. Deren Merkmale:

Der Verleger Jacob Augstein: Die SPD ist ein „wandelnder Toter der Politik“.

- Eine interessengeleitete Außenpolitik tritt anstelle von „Werteorientierung“,
- Europa sei nicht gleich mit dem „Westen“,
- Eine multipolare Weltordnung schreite voran,
- Deren Bestandteil beinhalte die Absage an den Universalismus,
- Donald Trump und das MAGA-Weltbild verschaffe der AfD taktische Vorteile und
- Russland sollte langfristig als Partner behandelt werden.

Im Sog dieser Faktoren dürfte der Einsturz der Brandmauer nur noch eine Frage der Zeit sein und erinnert an den Satz von Michael Gorbatschow: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“◆

Antifa: Stiefeltruppen des gewaltbereiten Linksextremismus

Bild: Gregor Wünsch/Wikimedia Commons/CC BY-SA 2.0

Antifa-Gewalt zu Silvester

In der Silvesternacht stellte in Dresden die Antifa einmal mehr unter Beweis, dass sie für Gewalt steht. In der sächsischen Hauptstadt errichteten rund 50 vermummte Linksextremisten eine Barrikade und groffen eine vorbeifahrende Straßenbahn mit Steinen an. Außerdem beschädigten die Linksextremisten einen am Straßenrand geparkten Pkw mit Steinen und beschmierten eine Hausfassade mit Farbe. An der Straßenbahn und am Haltestellenhäuschen als auch an einer Hauswand waren Parolen wie „ACAB“, „1312“, „Fuck Kapitalismus“, „Free Gaza“ und „Gegen Staat und Kapital“ zu lesen. (RED.)